

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 10/19

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

VHS-Bürgerentscheid, ÖPNV-Desaster: Mülheim am Scheideweg?

Hurra, große Zustimmung beim Bürgerentscheid zum VHS-Erhalt

Trotz unfäiorem und massivem Gegenwind von Schulen und Sportvereinen, trotz Brückentag und hundsmiserablem Wetter hat die BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ das notwendige Quorum von ca. 13.000 Ja-Stimmen für den Bürgerentscheid mit 18.022 deutlich über-treffen können gegen ca. 9000 Nein-Stimmen! **Hurra und gut so!** Mehr auf S. 2 und auf dem Einlegeblatt



Haushalt und Wahlen in Mülheim 2 verschiedene Welten?

Im Rat am 10.10. wurde fast einzig gegen die MBI-Stimmen der Terminplan 2020 beschlossen. Die Einbringung des Haushaltsentwurfs soll erst im Nov. geschehen, so dass die Verabschiedung des Etats für 2021 erst gegen Ende Jan. 21 erfolgen soll. Das widerspricht den Vorgaben für Stärkungspaktkommunen, doch egal? Warum das? Mehr S. 4

Endzeitstimmung bei Real Weseler Straße in Speldorf!



Am 2. Nov. schließt der Real-Markt an der Weseler Straße. Es hatte sich seit längerem angedeutet. Für den Großteil der Beschäftigten sind das bittere Aussichten - sie verlieren ihre Jobs. Auch die Untermieter müssen zum Jahresende ausziehen. 2008 wollte Metro beim damals neuen Real Dümpten ein Lohndumping-system einführen. Ein breites Bündnis, an dem sich die MBI aktiv beteiligten, konnten das damals verhindern und Real machte einen Rückzieher. Inzwischen hat Mutter Metro ihre Tochter Real verkauft, Real ist zudem aus dem Flächentarifvertrag ausgeschieden und der gut frequentierte Speldorfer Realmarkt stand auf der Abschussliste. 102 Menschen werden großteils arbeitslos. Gerüchten zufolge soll evtl. Kaufland in Zukunft einziehen. Doch diese Gerüchte gibt es seit mind. 1 Jahr. Selbst wenn ja, werden wohl nur wenige der noch-Beschäftigten dort zu heutigen Bedingungen (unbefristete Verträge und Tarifbindung) unterkommen. **Ein sehr trauriges Ende eines langen, erfolgreichen Kapitels!**

Was kommt in Mülheim als nächstes? Etatchaos pur, in MH-Ruhr?

Am 7. November muss der Stadtrat den Etat 2020 verabschieden, um Anspruch auf die nächsten ca. 30 Mio. aus dem sog. Störungspakt NRW zu bekommen. Die Gewerbesteuer soll erhöht werden, die Grundsteuer auf Rekordhebesatz von 890% bleiben. Problem aber ist, dass vom Haushalt 2019 die angesetzten jährlichen Einsparungen von 7 Mio. genauso bisher völlige Luftnummern sind wie die 6 Mio. jährlichen Kürzungen im Personalbereich. Ohne ist aber der Etat 2019 nicht genehmigungsfähig. Und die Genehmigung des hoch defizitären Haushalts 2018 erfolgte mit der Begründung der Absichten im Etat 2019. **Muss nun wirklich ein Sparkommissar kommen?**

Auf den folgenden Seiten:

- Das Ergebnis des Bürgerentscheids und seine Bedeutung S.2
 - Mülheim-typische Nachspiele zum erfolgreichen VHS-BürgerentscheidS. 3
 - Einbringung Haushalt der Stadt nach der Kommunalwahl? Wie bitte? S. 4
- Einlegeblatt:** Der VHS-Bürgerentscheid als Fanal in einer fast vor die Wand gefahrenen Stadt Mülheim?

Das Ergebnis des Bürgerentscheids und seine Bedeutung

Nun also haben die wahlberechtigten Mülheimer/innen sich sehr deutlich für die Wiederinbetriebnahme der bewährten VHS in der MüGa entschieden. Sie widersprachen damit dem bösen Spiel von Stadtverwaltung, Ratsmehrheit und zweifelsohne den im Hintergrund agierenden Immobilienspekulanten.



Die Bürgerschaft will also Erhalt und Wiedernutzung der VHS in der MüGa.

Der Immobilienservice (IS) und der Kämmerer sind nun gezwungen, die Renovierung und Sanierung des VHS-Denkmal wieder in ihre Investitionsplanung aufzunehmen. Das gesamte Gutachten wird wie viele andere in den Ablagen verschwinden und eine realistischere Planung muss erfolgen. Diese könnte für 2020 nur den notwendigen Brandschutz wie Schottung der Durchbrüche beinhalten, was bekanntlich schon 2012 in einem anderen teuren Gutachten als dringlich angegeben war. Der IS müsste dafür max. 2 Mio. € in seine Prioritätenliste aufnehmen. Was das genau für die anderen 13 Mio. im IS-Investitionsplan für 2020 bedeuten würde, ist unbekannt, selbst wenn die Stadt keine Erhöhung des „magischen“ 15-Mio.-Deckel des RP erwirken wollte oder könnte.

Unabhängig davon wird der IS, am sinnvollsten unter Mithilfe von Herrn Teich, ein sinnvolles Sanierungs- und Renovierungskonzept für die VHS erarbeiten müssen, wobei abschnittsweise vorgegangen werden kann, ggfs. auch bei bereits wieder laufenden Betrieb im Denkmal am MüGa-Rand. Die Gelder dafür können über mehrere Jahre gestreckt werden und vor allem können dafür endlich auch beträchtliche Zuschüsse aus den diversen Denkmalschutztopfen beantragt werden. Nicht zuletzt und neben den IS-Planungen muss vom Bildungsdezernat eine ernsthaftere Zukunftskonzeption für die Mülheimer VHS erarbeitet werden, die auch im Bildungsausschuss, in Kultur- sowie Sozialausschuss, im Integrationsrat und mit VHS-Dozenten sowie Nutzern intensiv beraten werden muss. Die jetzige VHS-Leitung, die vom vormaligen Dezernenten Ernst seinerzeit eingestellt wurde, als die VHS aus der MüGa für die Sparkassenakademie entfernt werden sollte, hat sich nach dem Scheitern des Spk-Akademieprojekts leider bisher nicht als besonders engagiert für Verbleib und Zukunftssicherung der bewährten VHS in der MüGa hervorgetan.

Für Mülheim verhinderte der Bürgerentscheid als quasi-Notbremse, dass mit der VHS-Zerstörung ein weiterer Sargnagel auf dem Weg in eine abgehängte Großstadt zwischen größeren Großstädten mit teilamputierter Urbanität und Lebensqualität auf Dauer entstanden wäre.

Ganz unabhängig davon, wie genau es mit dem denkmalgeschützten Gebäude als wichtigem Bestandteil des gesamten Kulturensembles rund um die MüGa, weitergehen wird, kann man folgende Erkenntnisse aus dem jahrelangen Kampf für die VHS in der MüGa anmerken:

- 1.) Die SPD ist vor Ort noch stärker auf einem Kurs der Selbsterstörung als woanders, da sie nicht einmal willens war, die Mülheimer VHS als eine ihrer größten Errungenschaften aus der Willy-Ära („mehr Demokratie wagen“) zu verteidigen. Obwohl die SPD in Mülheim immer noch den überwiegenden Teil von Verwaltung und Rat besetzt und beherrscht, haben die SPD-Dezernenten Ernst und Mendack sowie die SPD-OB Mühlenfeld an vorderster Front die VHS-Zerstörung aktiv betrieben.
- 2.) Die Mülheimer Grünen waren wie bei so Vielem vor Ort irgendwie immer gegen und für die VHS gleichzeitig, bei allen entscheidenden Abstimmungen aber immer klar gegen den VHS-Erhalt. Es ist höchst widersprüchlich, dass dieser Partei, die sich für eine bedingungslose weitere Zuwanderung stark macht, Erhalt und Stärkung eines zentral wichtigen Bausteins für bessere Integration im Multi-Kulti durch eine gute VHS nicht besonders am Herzen zu liegen scheint.
- 3.) Die Mülheimer Stadtverwaltung hat sich seit vielen Jahren ausgezeichnet durch haarsträubende Misswirtschaft und eklatanten Murks wie bei abenteuerlichen Zins- und Währungsspekulationen, der Privatisierung von Müllabfuhr, Straßenreinigung, Wasser und Abwasser, den ruinösen PPP-Geschäften, dem Geldvernichtungs-„Strategie“-Projekt Ruhrbania, der vermurksten Verkehrsführung, dem perspektivlosen ÖPNV, der Thyssenbrücke, dem Rathausplatz, selbst dem Aufzug am Radschnellweg u. v. v. v. mehr. Was meist geklappt hat, war dagegen die Bedienung bestimmter Immobilienhändler.
- 4.) Auch die Gewerkschaften haben sich in der VHS-Auseinandersetzung nicht mit Ruhm bekleckert, obwohl Weiterbildung ihnen ein zentrales Anliegen ist und sein muss. Sie haben sich in Schweigen gehüllt bis auf die GEW-Vorstandssprecherin, was nur peinlich war.
- 5.) Die repräsentative Demokratie in Gestalt des Stadtrates hat sich auch in dem Verlauf der gesamten skandalösen Vorgänge um die VHS vornehmlich als Abnickerverein erwiesen.
- 6.) Der Widerstandsgeist der BI „Erhalt unserer VHS in der MüGa“ war außerordentlich und vorbildlich, ihr Beitrag zu einer lebendigeren Demokratie riesig trotz unfairer und häufig blutleerer Gegenfront!

Nachspiele zum erfolgreichen VHS-Bürgerentscheid

Eine Woche ist seit dem erfolgreichen Bürgerentscheid zur Wiedernutzung der bewährten VHS in der MüGa vergangen und schon zeigt sich das ganze Elend der Mülheimer Politik und Verwaltung. Man/frau glaubt anscheinend nicht nur, dass man trotz des beispiellosen Bankrotts von Stadtfinanzen und Stadtplanung die Steuer- und Gebührenzahler unbegrenzt mit Ablenkungsmanövern und böartigem Auspielen verschiedener Bevölkerungsgruppen gegeneinander weiter für dumm verkaufen könne. Für Rats- und Verwaltungsmehrheit sind die Bürger anscheinend so etwas wie zwar unvermeidliche Störfaktoren, aber nur bis sie bei den Wahlen ihre Stimme (und damit die Mitbestimmungsrechte) abgegeben haben. Dazu passte auch, dass der Rat am 10.10.19 im Terminplan für die Gremiensitzungen 2020 beschloss, den Haushaltsentwurf für 2021 erst nach den Kommunalwahlen im Sept. einzubringen. Welch erschreckendes Demokratieverständnis! Leider ließen auch alle Lokalmedien dieses Thema lieber ganz unter den Tisch fallen. Na denn Mehr auf S. 4

WAZ/NRZ, die dem Bürgerentscheid zum VHS-Erhalt nicht gerade positiv gesonnen waren, sprachen von „schallender Ohrfeige“ für Politik und Verwaltung beim Bürgerentscheid. Dennoch ließ es sich der FDP-Chef im Rat nicht nehmen, zu sagen. „Nur 20 Prozent der Bürger haben abgestimmt. Wir hoffen, dass auch die anderen 80 Prozent mit Fördergeldern bedacht werden.“ (WAZ vom 11.10.19) Das sagte also just die FDP, die bei den letzten Kommunalwahlen 5,32 % der abgegebenen Stimmen erhielt, also weit weniger als 3% der Wahlberechtigten!!!! Von der immer noch nicht endgültig aufgeklärten Verstrickung des FDP-Chefs in die skandalöse Rinas-Korruptionsgeschichte mal ganz abgesehen.



Die gesamte VHS-Saga war bereits ein Riesenskandal. Dazu passt logischerweise, dass am Tag nach dem Bürgerentscheid (!) an der GS Saarn die Baugerüste für die Sanierung aufgestellt wurden, wo doch bis tags zuvor die marode Schule trotz der verschwiegenen 1,5 Mio. von der Versicherung für die verheerenden Brandschäden angeblich durch einen positiven Bürgerentscheid zur VHS noch lange Zeit unsaniert bleiben müsse.

Auch dass die Stadt dem Architekten Teich trotz seines für das VHS-Denkmal unstrittig bestehenden Urheberrechts seit 2 Jahren jeglichen Zutritt zum Gebäude verwehrt und dessen Angebot, der bankrotten Stadt auf seine Kosten ein Fachgutachten zur VHS-Ertüchtigung zu schenken, mehrfach barsch ablehnte, ist hochgradig unhöflich und unseriös. Es beweist nur, dass Verwaltung und Ratsmehrheit über das intakte VHS-Denkmal ein Todesurteil gefällt hatten, warum auch immer. Nun hat der Bürgerentscheid das Todesurteil deutlich für ungültig erklärt. Welche Schlussfolgerungen die gewählten Volksvertreter nun aus der „schallenden Ohrfeige“ zogen, machten sie im Rat 4 Tage danach deutlich. SPD, FDP und einzelne CDU-ler stimmten dagegen, den MBI-Antrag zu schnellstmöglichen Förderanträgen für die VHS überhaupt auf die Tagesordnung zu nehmen. Nur weil die BAMH sich enthielt, kam eine knappe Mehrheit dafür zustande! Peinlich genug. CDU und BAMH sprachen sich eindeutig gegen die Einbeziehung von Herrn Teich aus und der SPD-Wadenbeißer Böhm übte sich in der für ihn typischen Art und Weise: „Das ist ein Schaufensterantrag mit sachlichen Fehlern in seiner Begründung.“ („Natürlich“ hat er keinen sachlichen Fehler benannt, es gibt auch keinen!). Und Dezernent Vermeulen erklärte so einfach drauf los: „Sie dürfen sicher sein, dass die Verwaltung schon alleine aufgrund der finanziellen Lage alle Möglichkeiten ausschöpfen wird. Die Sanierungskosten würden aber die in Frage kommenden Fördermittel zum Denkmalschutz von 800.000 bis eine Million Euro übersteigen.“ Woher er das wissen will, wo doch sein Dezernat 2 Jahre lang trotz eines Beschlusses im Planungsausschuss auf MBI-Antrag hin schlichtweg untätig geblieben war, ist sein Geheimnis. Die Bürgerschaft hat entschieden und da ist Umdenken angesagt. Zumindest wagte keine/r im Rat mehr, gegen den MBI-Antrag zu stimmen!

Der Bürger Steen Steenken schrieb im Leserbrief: „**Bald gibt es ja Wahlen**“ u.a.: „**In der Ablehnung dieses kostenlosen Gutachtens (Anm. von Herrn Teich) zeigt sich eine ungeheuer arrogante und sich selbst maßlos überschätzende Haltung und, nebenbei, eine Missachtung des Sparsamkeitsprinzips durch Stadtverwaltung und die „großen“ Parteien. Der Bürger kann nur hoffen, dass die von der Stadt und den Regierungsparteien zu verantwortende Mülheimer Talfahrt von Lebensqualität und Image nicht noch rasanter wird. Ein Lichtblick: Bald gibt es ja Wahlen**“. Dem ist wenig hinzuzufügen außer „und auch manche kleinere Partei wie Grüne, FDP und BAMH“

Einbringung Haushalt nach der Kommunalwahl? Wie bitte?

Die MBI lehnen die weitere Entwertung und Aushöhlung kommunaler Demokratie strikt ab!

Im Rat am 10.10.19 wurde auch der Terminplan für die Gremiensitzungen 2020 beschlossen und damit die Einbringung des Haushaltsentwurfs erst im November, so dass die Verabschiedung des Etats für 2021 erst gegen Ende Januar 21 erfolgen könnte.

Das widerspricht den Vorgaben für Stärkungspaktkommunen, welche spätestens Ende November ihren Haushalt für das nächste Jahr beschlossen haben müssen. Deshalb wurde in den vergangenen Jahren auch jeweils Ende August der jeweilige Haushaltsentwurf eingebracht.

Warum soll nun 2020 diese Verschiebung stattfinden, egal ob die Aufsichtsbehörde das gestattet oder nicht?

Die Antwort ist einfach: Am 13. September werden die Kommunalwahlen stattfinden. Wenn der am 4. November neu konstituierte Rat zusammentritt und seine Ausschüsse und Aufsichtsratsposten besetzt, kann dann am 5. November der Etatentwurf 2021 eingebracht werden und der neue Rat kann sich bis 21. Jan. daran abarbeiten. Klingt doch logisch, oder?

Ist es aber nicht, denn dabei entsteht folgendes Problem:

Im Wahlkampf vor den Kommunalwahlen ist dann nämlich der Haushaltsentwurf noch unbekannt, worüber können die Wähler also entscheiden? Parteien und Wählergruppen brauchen nicht wirklich Stellung zu beziehen zu wesentlichen Punkten des alles entscheidenden Haushalts. Die Kämmerei kann dann dem neuen Rat ihre Wünsche als quasi alternativlos vorlegen und die Bürger fühlen sich nicht ernst genommen.



Das höhlt die bereits angeschlagene Demokratie vor Ort empfindlich weiter aus und entwertet sie bedenklich, weil als Fazit bei vielen Menschen übrig bleiben würde, dass ihre Stimme eigentlich ziemlich bedeutungslos ist.

Die MBI hatten im Hauptausschuss Beratungsbedarf zu dem heiklen Vorhaben angemeldet, weshalb nur der unstrittige Terminplan für die 1. Jahreshälfte 2020 beschlossen wurde.

Am 10. Oktober hat der Rat nun über die 2. Jahreshälfte entschieden.

Nach reiflichen Überlegungen haben die MBI die bedenklichen Planungen abgelehnt aus o.g. Gründen. Doch im Rat wollten SPDCUGRÜNEFBAMH als Einheitsfront nichts von der MBI-Sicht teilen. Es wäre doch viel sinnvoller, wenn die Wähler nicht mit Haushaltsfragen belästigt würden. Welch erschreckendes Demokratieverständnis!



Leider ließen auch alle Lokalmedien dieses Thema lieber ganz unter den Tisch fallen. Na denn

Aus MBI-Überzeugung heraus wäre es sinnvoll gewesen, den Haushaltsentwurf Mitte August 2020 einzubringen, damit genau darüber vor den Wahlen informiert und gestritten werden kann. **Nur so hätten die Wähler auch die Möglichkeit, mit ihrer Wahl-**

entscheidung am 13. September darauf Einfluss zu nehmen! Und der neue Rat würde im November entsprechend einen Etat für 2021 beschließen.

Zur Erinnerung nur 3 Beispiele aus Mülheim, die zeigen, warum die Demokratie derart ausgehöhlt wurde:

- ◆ Vor den Kommunalwahlen 2009 weigerten sich OB Mühlenfeld und Kämmerer Bonan, das wirkliche Defizit im städtischen Haushalt zuzugeben, obwohl bekannt. In Dortmund musste damals auf Anordnung der RP-Aufsichtsbehörde Arnsberg die OB-Wahl wiederholt werden wegen Wählerbetrugs. Der für Mülheim zuständige RP Düsseldorf aber weigerte sich, das gleiche auch in Mülheim zu beanstanden! Warum die massive damalige Wählertäuschung? Weil das schwindsüchtige Prestigeprojekt Ruhrbania mit der Brechstange durchgezogen werden sollte! Die Folgen, insbesondere die Rekordverschuldung, haben dann die einst reiche Stadt Mülheim regelrecht vor die Wand gefahren!
- ◆ Vor der Kommunalwahl 2014 verschwiegen die OB und zumindest ihre SPD, dass sie bereits alle Vorbereitungen getroffen hatten, um unsere bewährte und beliebte VHS in der MüGa für eine Sparkassenakademie zu opfern. 5 Jahre dauerte dann der Kampf, bis zum Bürgerentscheid!
- ◆ Die blamabelste aller Mülheimer Demokratieschandtaten ist das jüngste Kapi tel im seit Jahren anhaltenden ÖPNV-Desaster in der kleinen Großstadt inmitten zwischen größeren Großstädten. Nachdem das indiskutable "Netz 23" im Juni schnell im Papierkorb verschwand, sollte bis zum Rat in Nov. ein neues Sparkonzept erstellt sein. Mitte Okt. liegt noch nichts vor, kein Ausschuss wird mehr vorberaten und die versprochene Bürgerbeteiligung ist Fehlanzeige!!! Ein solches Schmierentheater ist kaum zu toppen!

Einlegeblatt

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** ●

Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr

Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr

Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e-mail: fraktion@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

VHS-Bürgerentscheid als Fanal in einer fast vor die Wand gefahrenen Stadt Mülheim?

Fanal ist eine „Handlung als weithin erkennbares Zeichen, das eine Veränderung,
den Aufbruch zu etwas Neuem ankündigt“

**Bürgerentscheid
am 6. Oktober**



Stimmen Sie mit JA!

Beim Bürgerentscheid über Erhalt und Wiedernutzung der Mülheimer Volkshochschule im denkmalgeschützten Gebäude am MüGa-Park ging es um viel mehr als nur um die von Verwaltung und Ratsmehrheit vorgeschobene Frage von Brandschutz- oder Sanierungskosten für ein Gebäude in einer finanziell vollständig heruntergewirtschafteten kleinen Großstadt (ca. 170.000 Einwohner) mit über 2 Milliarden Schulden, 1,1 Milliarden € Kassenkrediten und sogar 600 Millionen € bilanzieller Überschuldung (= negatives Eigenkapital)

Die jüngere Vorgeschichte der Mülheimer VHS

Seit 2013 gab es verschiedene Versuche, die Mülheimer VHS von dem hoch attraktiven Gelände in der MüGa weg zu bekommen. 2016 wurde das architektonisch gelungene Gebäude von Ende der 70er Jahre auf MBI-Antrag hin gegen den städtischen Widerstand von der Oberen Denkmalbehörde unter Denkmalschutz gestellt. Im Sept. 2017 wurde die VHS dann überfallartig geschlossen wegen angeblicher Brandschutzmängel. 5500 Nutzer und über 200 Dozent/innen wurden böse vor den Kopf gestoßen. Doch bereits seit den Brandschauen 2007 waren Brandschutzmängel aufgelistet, u.a. die fehlende Schottung der Durchbrüche. Deshalb wurden im Haushalt 2008 ca. 2 Mio. € eingestellt für VHS-Sanierung, die dann Jahr für Jahr zwar im Haushalt standen, aber bis heute nie abgerufen und für Brandschutzsanierung eingesetzt wurden.

Die VHS-Saga - ein Riesenskandal und eine Schande für Mülheim

Die Stadt weigerte sich 2017, eine abschnittsweise Sanierung bei laufendem Betrieb durchzuführen, und der Stadtrat beschloss ein aufwendiges Gutachten über Standortalternativen und die Anmietung der Räume der ehemaligen AEG-Fabrik an der Aktienstraße als Ersatz-VHS. Das in kurzer Zeit überaus erfolgreiche Bürgerbegehren für Erhalt und Wiedernutzung der VHS in der MüGa wurde von Verwaltung und Stadtratsmehrheit für unzulässig erklärt, was dann über Verwaltungsgericht korrigiert werden musste! Ferner lehnte „die Stadt“ barsch das Angebot des VHS-Architekten Teich ab, auf seine Kosten ein Sanierungsgutachten zu erstellen und auch ihm wurde jeder Zugang zum Gebäude verwehrt. Im Oktober 2018 stellte sich auf MBI-Nachfragen heraus, dass die im Ratsbeschluss vom 7.12.17 vorgesehene EU-weite Ausschreibung des Standortgutachtens eigenmächtig in eine freihändige Vergabe abgeändert worden war. Der MBI-Antrag, die Vergabe anzuhalten und den Architekten Teich um das versprochene Gutachten zu bitten, wurde dennoch im Rat mehrheitlich abgelehnt. Ende Juni 2019 präsentierte das „Gutachten“ wenig überraschend die langjährige Anmietung des völlig ungeeigneten Gebäudes an der Aktienstr. als billigste Variante, während die Sanierung des VHS-Denkmal in der MüGa auf sagenhafte über 30 Mio. € hochgerechnet war und das, obwohl die teuren Gutachter dem Gebäude einen ausgesprochen guten Zustand bescheinigten und auch keine nennenswerten Schadstoffprobleme feststellten. Stadtverwaltung und Lokalmedien fokussierten die öffentliche Diskussion vor dem ungeliebten Bürgerentscheid einzig auf die Frage der Sanierungskosten und bedienten sich der bössartigen Strategie, dass Schulen und Schwimmbäder leiden müssten, wenn die VHS wieder ertüchtigt würde. Schulleiter von Gymnasien und 1 Gesamtschule, Funktionäre von Sportverbänden und selbst die GEW-Sprecherin ließen sich vor den Karren der Panikmache spannen.

b.w.

Die vorher bestens funktionierende Mülheimer VHS mit über 500 Kursen bot zum letzten Semester 43% weniger Kurse an als vor der überfallartigen Schließung, eine erbärmliche Entwicklung eines sehr wichtigen Teils von Bildung!

Dabei hat Erwachsenenbildung einen enormen Bedeutungszuwachs erfahren, nämlich für Weiterbildung in Zeiten der Globalisierung, bei Integration in Zeiten massiver Zuwanderung und für die Stärkung der Demokratie in einer rapide auseinanderdriftenden Gesellschaft.

Umso schlimmer ist es, dass die bis 2017 sehr gut aufgestellte Mülheimer VHS seit 2 Jahren systematisch dezimiert wurde. Es geht nämlich bei der Erwachsenenbildung nicht nur um Wissensvermittlung, sondern mindestens genauso viel um Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeiten in einer sich schnelllebig verändernden Welt für immer mehr vereinzelte Menschen auch in Mülheim. Die VHS in der MüGa bietet dafür beste Voraussetzungen, im Gegensatz zum Ersatzstandort an der Aktienstraße. Es ist ein Hohn, dass der angebliche finanzielle Vorteil dieses angemieteten, ungeeigneten VHS-Ersatzes hauptsächlich darauf beruht, dass dort willkürlich nur die Hälfte der Fläche angesetzt wurde. Es ist höchst bedenklich, dass keine klare Vorstellung davon entwickelt werden durfte, was genau eine zukünftige VHS zum Wohl der Stadt leisten und ermöglichen muss.

Der Begriff Fanal kam im 18. bis 19. Jahrhundert als Bezeichnung für ein Leuchtfener von Italien nach Deutschland. Mit vereinbarten Rauch- und Flammenzeichen übermittelte man bereits im Altertum, zum Beispiel bei den Persern, Griechen und Römern, bis in die frühe Neuzeit bestimmte Nachrichten über kurze Entfernungen.

Das mehr als deutliche Votum der Bürgerschaft gegen die bisherige Stadtpolitik zur VHS-Zukunft könnte eine Art Leuchtfener darstellen für die eingefahrene, perspektivlose Stadtpolitik der letzten Jahre!

P.S. zur Erinnerung

Im Kommunalwahlkampf 2014 forderten die MBI vehement und als einzige eine Bestandsgarantie für die bewährte und beliebte VHS in der MüGa. Bereits damals war nämlich erkennbar, dass der VHS-Betrieb auf dem hochattraktiven Gelände einflussreichen „Strategen“ ein Dorn im Auge war. 2013 hatte die MST-Chefin ein Hotel gefordert statt VHS am MüGa-Rand für Kongresse in der Stadthalle, doch sie stieß nur auf deutliche Kritik aus der Bürgerschaft.

Direkt nach der Wahl 2014 verkündete OB Mühlentfeld, sie werde sich mit dem hochattraktiven VHS-

Gelände für die Sparkassenakademie bewerben. Die BI zum VHS-Erhalt bildete sich dagegen und die MBI stellten beim Landeskonservator den Antrag auf Denkmalschutz. Uswuf....



**Es kommt halt fast immer teurer und wird beschwerlicher,
die MBI nicht ernst nehmen zu wollen!**



Das war bei der Rettung des bereits geschlossenen Freibad Styrum in 2001 so, bei der Verhinderung der Zerstörung von Hexbach- und Winkhauser Tal, bei der Verlagerung des Fallwerks Jost, bei der Rettung der städtischen Altenheime vor dem Verkauf, beim Schutz der Heimerde vor großflächig geplanter Innenbebauung, bei, bei, bei ...erst recht spät der Fall, leider aber garnicht bei der Zerstörung der Ostruhranlagen, dem ruinösen Projekt Ruhrwahnia, diversen PPP-Abenteuern u.v.m.